

Stand: 13.05.2025 21:15:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21298

"Übertritt: Eltern sollen über die Schullaufbahn ihrer Kinder entscheiden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21298 vom 22.02.2022
2. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 23.02.2022
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22990 des BI vom 17.03.2022
4. Beschluss des Plenums 18/23265 vom 22.06.2022
5. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 22.06.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Michael Busch, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Übertritt: Eltern sollen über die Schullaufbahn ihrer Kinder entscheiden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die Eltern nach intensiver Beratung über die weiterführende Schule ihrer Kinder entscheiden zu lassen,
- sicherzustellen, dass nicht durch unangepasste Leistungserhebungen weiterer Druck auf die Schülerinnen und Schüler der vierten Klasse ausgeübt wird.

Begründung:

Etwa 100 000 Schülerinnen und Schüler der vierten Klasse stehen in diesem Jahr vor dem Übertritt in eine weiterführende Schule, das Gymnasium, die Realschule oder die Mittelschule. Ihre Grundschulzeit war von einem noch nie dagewesenen Ausnahmezustand geprägt: Die jetzigen Viertklässler haben zwei Jahre, die Hälfte ihrer Grundschulzeit, Unterricht unter erschwerten Bedingungen durchlaufen. Es gab lange Phasen des Distanzunterrichts, dessen Erfolg auch von der Unterstützung im Elternhaus abhing. Oft fehlte es bereits an den technischen Voraussetzungen und funktionierendem Internet. Auch waren die Lernbedingungen in Bayern nicht vergleichbar. Während es in einigen Schulen monatelangen Distanzunterricht gab, konnten andere mehr Präsenzunterricht anbieten. Die Möglichkeiten, den vorgesehenen Stoff auch wirklich zu lernen, waren höchst unterschiedlich.

Die Zahl der Proben wurde zunächst reduziert und dann freigegeben. Damit erhöhte sich aber der Druck auf die Lernenden sogar noch, weil für den Übertritt nach wie vor drei Ziffernnoten entscheidend sind – ganz gleich, wie sie zustande gekommen sind. Ein fairer und pädagogisch vertretbarer Übertritt ist auch in diesem Schuljahr nicht möglich. Somit ist die Vergleichbarkeit der Noten für den Übertritt noch weniger gegeben als in früheren Jahren.

wir wollen aus dem Expertengespräch heraus gemeinsam Meilensteine definieren, wie wir mit dem Thema umgehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/21296 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktion der AfD. Enthaltungen? – Sehe ich nicht im Saal. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/21297 mit 18/21301 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in die jeweils zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wahlpflichtfach "Deutsche Gebärdensprache" in Bayerns Schulen
einführen (Drs. 18/18938)**

Ich gebe bekannt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hierzu namentliche Abstimmung beantragt hat. – Ich eröffne nun die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt entsprechend der Geschäftsordnung 32 Minuten. Erste Rednerin ist die Abgeordnete Kerstin Celina, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Was halten Sie davon, wenn Schüler und Schülerinnen an Regelschulen die Gebärdensprache lernen können? – Diese Frage hat der BR vor wenigen Wochen Passanten und Kindern gestellt. Hintergrund ist, dass die Kultusministerkonferenz im Oktober 2021 die Empfehlung ausgesprochen hat, Gebärdensprache endlich als Wahlfach oder Wahlpflichtfach an den Schulen anzubieten.

Was antworten zufällig ausgewählte Passanten und Kinder, wenn man sie fragt? – Auf den Punkt bringt es gleich der Erste, der sagt: Jede Sprache ist positiv. – Der Nächste antwortet: Kinder kann man am besten damit erreichen, ganz offen auf andere zuzugehen. – Der Übernächste stellt fest: Es gibt viel zu wenig Leute, die Gebärdensprache sprechen. Wir grenzen damit gehörlose Menschen aus. – Ein Knirps strahlt in die Kamera und sagt: Es ist richtig schön. Ich mag es, weil es einfach Spaß macht, es zu lernen.

In der Grundschule in Kaufering lernen die Kinder jetzt schon mit Begeisterung Gebärdensprache. Bei den Bildern im BR Fernsehen geht einem das Herz auf, wenn man sieht, wie sie lernen, wie man das Wort Schneeballschlacht gebärdet oder den Satz "Dann bin ich ausgerutscht und auf den Po gefallen." Gebärden, das heißt mit Hirn und mit Hand, mit dem Gesicht, mit Mimik, mit dem ganzen Körper. Konzentration, Motorik, Rundumförderung – all das bietet Gebärdensprache. All das zusammen bietet keine andere Sprache.

Warum wird es denn in Kaufering angeboten? – Der Grund dafür ist das große Engagement der Schulleiterin und der Schulfamilie und der Menschen, die mit ihren



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 18/21298

Übertritt: Eltern sollen über die Schullaufbahn ihrer Kinder entscheiden

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Dr. Simone Strohmayr**
Mitberichterstatlerin: **Dr. Ute Eiling-Hütig**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 56. Sitzung am 17. März 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: EnthaltungAblehnung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Stellvertretender Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Michael Busch, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/21298, 18/22990

Übertritt: Eltern sollen über die Schullaufbahn ihrer Kinder entscheiden

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das gesamte Haus zu sein. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

12. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag
„Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen.“
Drs. 18/22450, 18/23156 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 18/22451, 18/23157 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ukraine, Georgien und Moldau –
Tatkräftige Partnerschaft für eine europäische Perspektive
Drs. 18/22525, 18/23116 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.